

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	5
<b>§ 1: Einleitung und Skizzierung der Problematik</b>	11
<b>§ 2: Die traditionellen Kommunikationsformen im Betrieb</b>	13
I. Das Verhältnis von Betriebsrat und Belegschaft	13
1. Individualkommunikation	13
2. Betriebsversammlungen	14
3. Gemeinsame Initiativen	14
II. Gewerkschaftsrechte nach dem BetrVG	15
1. Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat und einzelne Rechte der Gewerkschaft	15
2. Zugangsrecht der Gewerkschaft nach § 2 Abs. 2 BetrVG	16
III. Kommunikation von Gewerkschaft und Belegschaft	17
1. Die Grundsatzentscheidungen von BAG und BVerfG	17
2. Der Schutz konkreter Handlungsformen	19
a) Gespräche	19
b) Tragen von Abzeichen	20
c) Verteilung von Flugblättern und Broschüren	20
d) Schwarzes Brett und Plakate	20
e) Wahl von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten	21
f) Das Problem des gewerkschaftlichen Zugangsrechts	21
3. Die neue Rechtsprechung des BVerfG	22
a) Umsetzung durch das BAG	22
b) Weitere Konkretisierungen	23
4. Der Ausreißer: Betriebe ohne Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsrat	25

<b>§ 3: Entwertung durch Digitalisierung der Arbeitsabläufe?</b>	<b>27</b>
I. Koexistenz von traditioneller und digitaler Kommunikation	27
II. Fälle der Dominanz digitaler Kommunikation	28
1. Home-Office	28
2. Plattformökonomie	29
III. Sonderprobleme bei Gewerkschaftsrechten	30
<b>§ 4: Die Anpassung der Betriebsverfassung an digitalisierte Kommunikationsformen</b>	<b>31</b>
I. Die Ausstattung des Betriebsrats	31
1. Die Auseinandersetzungen in der Vergangenheit	31
2. Die aktuelle Situation	32
II. Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats unter Nutzung von digitaler Technik	35
1. Nutzung des E-Mail-Systems	35
2. Zugang des Betriebsrats zum Intranet	36
a) Gewinnung von Informationen	37
b) Information der Belegschaft durch den Betriebsrat	38
c) Insbesondere: Die Homepage und der Blog des Betriebsrats im Intranet	39
d) Unternehmensinternes Fernsehen	41
3. Zugang des Betriebsrats zum Internet	42
a) Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats	42
b) Das Internet als Informationsquelle	42
c) Aktivitäten des Betriebsrats im Internet	44
aa) Gesetzlich vorgesehene Außenkontakte	44
bb) Von der Rechtsprechung akzeptierte Außenkontakte	45
cc) Zusammenarbeit mit anderen Interessenvertretungen	46
dd) Kontakte zu weiteren Behörden	46
ee) Der Betriebsrat als Grundrechtsträger	47
4. Zusammenfassung	50

III. Besonderheiten beim Home-Office?	51
1. Der persönliche Kontakt	51
2. Zugangsrecht des Betriebsrats zur Wohnung?	52
3. Der totale Home-Office-Betrieb?	53
4. Gestaltungsmöglichkeiten	53
IV. Betriebe in der Plattformökonomie	54
1. Essenslieferdienste	54
2. Microtasks im Netz	55
3. Der BAG-Fall	56
4. Anpassung der digitalen Infrastruktur	57
<b>§ 5: Die Anpassung der Gewerkschaftsrechte an digitalisierte Kommunikationsformen</b>	58
I. Die bisherige Entwicklung	58
II. Gewerkschaftliche Information und Werbung per E-Mail?	60
1. Anwendung der allgemeinen Grundsätze?	60
a) Gestattete Privatnutzung	60
b) Nur dienstliche E-Mail-Nutzung erlaubt	61
aa) Verletzung des Arbeitgebereigentums?	61
bb) Verletzung der Arbeitspflicht durch die Adressaten?	61
cc) Ausdrucken auf Kosten des Arbeitgebers?	62
dd) IT-Sicherheit	62
c) Die Ausnahme: Aufforderung zur Arbeitsniederlegung?	63
2. Das Verhalten der einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	64
a) Handeln als aktives Gewerkschaftsmitglied	64
b) Reaktion als angesprochene Person	64
c) Eigene Initiativen des Arbeitnehmers	64
3. Die Beschaffung der E-Mail-Adressen	65
III. Gewerkschaftliche Information und Werbung im Intranet	69
1. Information und Werbung durch Arbeitnehmer des Betriebs	69

2. Ein Link vom Betriebsrat zur Gewerkschaft?	70
a) Verstoß gegen die gewerkschaftspolitische Neutralität?	70
b) Bestätigung durch die Neuregelung im BPersVG	71
c) Ausgestaltung des Informationsangebots	72
IV. Link zur Gewerkschaft und Auftritt im Intranet auch ohne Betriebsrat?	73
1. Link zur Gewerkschaft?	73
2. Homepage im Intranet durch betriebsangehörige Gewerkschaftsmitglieder?	75
a) Anlass	75
b) Rechtsgrundlage	75
c) Einzelfragen	77
3. Homepage der Gewerkschaft als Organisation?	78
V. Festlegung durch Vereinbarung	79
<b>§ 6: Zusammenfassung und rechtspolitische Perspektive</b>	81
<b>Literatur</b>	87